

BIS-SH
c/o Manfred Trost
Vogelberg 10
24321 Lütjenburg
BIS-SH@web.de



An die Mitglieder des
Innen- und Rechtsausschusses und
Wirtschafts- und Digitalisierungsausschusses
des Landtags von Schleswig-Holstein

per E-Mail: innenausschuss@landtag.ltsh.de
wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/360

Gesetzentwurf zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge (Drucksache 20/21) 2. Fassung

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Beratung des Gesetzentwurfs Drucksache 20/21 haben Sie eine schriftliche Anhörung durchgeführt. Ihnen steht nunmehr ein umfassendes Bild an Meinungen als Grundlage für die Beratung zur Verfügung.

Sicher haben Sie, genau wie wir, die eingegangenen Stellungnahmen aufmerksam verfolgt. Dennoch möchten wir in Ergänzung unserer Stellungnahme vom 04.08.22 (Umdruck 20/51) Ihre Aufmerksamkeit auf folgende Punkte lenken:

- Wenn man die Auffassung des Bauernverbandes (Umdruck 19/7257) und der Koordinierungsstelle Schuldnerberatung (Umdruck 19/3527) vom Februar/März dieses Jahres mit berücksichtigt, sprechen sich die Mehrheit der Anzuhörenden eindeutig und bedingungslos für eine landesweite Abschaffung der Straßenausbaubeiträge (SAB) aus.
- Auch die Kommunen und deren Spitzenverbände widersprechen nicht, sondern fordern lediglich eine ausreichende Kompensation durch das Land. Hierzu zählen aber auch Städte wie Lübeck, Pinneberg und Elmshorn, die schon seit geraumer Zeit auf SAB verzichten. Dies ist verständlich, weil der dauerhafte Verzicht auf die Erhebung von SAB möglichst teuer erkaufte werden soll (Konnextität).
- Nur 4 von 20 Einsendern wollen an der derzeitigen „Kann“- Bestimmung festhalten. Diese sind in der Argumentation aber nicht überzeugend:

Der **Mieterbund** spricht sich gegen die Abschaffung der SAB aus, weil über eine befürchtete Erhöhung der Grundsteuer die Betriebskosten zu einer „erheblichen Zusatzbelastung“ der Mieter führen würde. Diese Behauptung ist irreführend. Der Anteil der Grundsteuer bei den Betriebskosten ist sehr gering und würde wenn überhaupt, nur in ca. 15% der Kommunen, die noch SAB erheben, zum Tragen kommen. Viel bedeutsamer sind Änderungen der Grundsteuer durch die laufende Steuerreform, die sich dann auf die Betriebskosten auswirken.

Der Landesverband des **Bund der Steuerzahler** lehnt ebenfalls die Abschaffung ab. Er stellt sich damit gegen den Bundesverband und alle anderen Landesverbände. Diese fordern und unterstützen aktiv und erfolgreich, wie z. B. in NRW, das Verbot zur Erhebung.

Auch das **Verwaltungswissenschaftliche Institut der Uni Kiel** lehnt den Gesetzentwurf ab. Dieses behauptet, „dass nichts für eine Abschaffung“ spräche. Allenfalls müsse man, um Härtefälle zu vermeiden, besondere Regelungen anderer Bundesländer auch in SH übernehmen. Geradezu peinlich ist, dass auf die Bundesländer verwiesen wird, die alle zwischenzeitlich die SAB gänzlich abgeschafft haben.

Der bundesweit renommierte Verwaltungsrechtler **Prof. Driehaus** macht es kurz und knapp. Es gäbe „keinen einzigen sachlichen Grund für eine solche Abschaffung“. Zur Begründung verweist er auf seine Aufsätze in diversen Veröffentlichungen, die aber kostenpflichtig sind. Dass auch diese wenig überzeugend sind, zeigen die aktuellen Entwicklungen im Bundesgebiet. Nur noch in 4 anderen Bundesländern, in Sachsen, Hessen, Niedersachsen und Saarland werden Einmalbeiträge erhoben.

Zusammengefasst stellen wir fest, dass neben den Bürger*innen auch bei den Verbänden und Kommunen in Schleswig-Holstein keine Akzeptanz für die Beibehaltung der SAB besteht. Auch wenn mit dem vorliegendem Gesetzentwurf nicht alle Fragen eines Verbots der Erhebung von SAB beantwortet werden (können), ist die Zustimmung im Sinne der Klarheit jetzt notwendig.

Für die BIS-SH
mit freundlichen Grüßen

Anlage
Übersicht der eingereichten Stellungnahmen

gez. Manfred Trost

Entwurf eines Gesetzes des SSW, FDP, SPD zur Abschaffung von Straßenbaubeiträgen

Ergebnis der schriftlichen Anhörung		Drucksache 20/21	http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/drucks/00000/drucksache-20-00021.pdf
Lfd. Nr.	Stellungnahmen	Umdruck	Link
1	BIS-SH BürgerInteressengemeinschaften gegen Straßenausbaubeiträge Schleswig-Holstein	20/51	http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/umdrukke/00000/umdruck-20-00051.pdf
2	Barsbüttel Bürgerinitiative „Bei den Tannen“, Stephan Börner	20/72	http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/umdrukke/00000/umdruck-20-00072.pdf
3	Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen e. V.	20/83	http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/umdrukke/00000/umdruck-20-00083.pdf
4	Industrie- und Handelskammer Schleswig-Holstein	20/117	http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/umdrukke/00100/umdruck-20-00117.pdf
5	Haus & Grund Schleswig-Holstein	20/120	http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/umdrukke/00100/umdruck-20-00120.pdf
6	Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik - Landesverband Schleswig-Holstein e. V.	20/126	http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/umdrukke/00100/umdruck-20-00126.pdf
7	Stadt Husum, der Bürgermeister Uwe Schmitz	20/99	http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/umdrukke/00000/umdruck-20-00099.pdf
8	Arbeitsgemeinschaften kommunalen Landesverbände	20/112	http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/umdrukke/00100/umdruck-20-00112.pdf
9	Landesrechnungshof Schleswig-Holstein	20/71	http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/umdrukke/00000/umdruck-20-00071.pdf
10	Fachverband Der Kämmerer in Schleswig-Holstein e.V.	20/160	http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/umdrukke/00100/umdruck-20-00160.pdf
11	Hansestadt Lübeck, der Kämmerer	20/64	http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/umdrukke/00000/umdruck-20-00064.pdf
12	Stadt Elmshorn, der Bürgermeister Volker Hatje	20/103	http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/umdrukke/00100/umdruck-20-00103.pdf
13	Stadt Pinneberg, die Bürgermeisterin Urte Steinberg	20/175	http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/umdrukke/00100/umdruck-20-00175.pdf
14	Stadt Uetersen, der Bürgermeister Dirk Woschei	20/102	http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/umdrukke/00100/umdruck-20-00102.pdf
15	Bad Segeberg, der Bürgermeister Toni Köppen	20/109	http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/umdrukke/00100/umdruck-20-00109.pdf
16	Stadt Plön, Fachbereich 3, Christine Simonsen	20/105	http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/umdrukke/00100/umdruck-20-00105.pdf
17	Deutscher Mieterbund	20/114	http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/umdrukke/00100/umdruck-20-00114.pdf
	Grundsteuer führt zu „erheblichen Zusatzbelastung“ von Mieterinnen und Mietern		
	Die Umlage der Grundsteuer in den Betriebskosten ist sehr gering.		
	Es gibt keinen zwangsläufigen Zusammenhang zwischen Grundsteuer und SAB.		
18	Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein e. V.	20/107	http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/umdrukke/00100/umdruck-20-00107.pdf
	„...seit mehr 25 Jahren unverändert vertretene Position für Straßenausbaubeiträge.“		Zitate aus einem Antwortschreiben des BdSt an BIS-SH vom 06.09.22:
	„Die Bundesländer [ohne SAB] können kein gutes Vorbild für Schleswig-Holstein sein.“		https://magentacloud.de/s/yC86P6wZkGPBH9j
	BdSt S-H bundesweit isoliert, alle anderen Landesverbände und Bundesvorstand aktiv gegen SAB.		
19	Lorenz-von-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel	20/148	http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/umdrukke/00100/umdruck-20-00148.pdf
	„Ungeachtet aller politischen...Vorbehalte [spricht] nichts für das Absehen von einer Beitragserhebung...“		
	Diese Aussage bezieht sich auf das Kreis- und Provinzabgabengesetz von 1930.		
	Härtefälle können durch beispielhafte „Billigkeitsregelungen“ vermieden werden.		
	Die angeführten Beispiele beziehen sich auf Bundesländer, die inzwischen SAB abgeschafft haben.		
20	Prof. Dr. Hans-Joachim Driehaus, vhw-Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung	20/46	http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/umdrukke/00000/umdruck-20-00046.pdf
	„...bin zu dem Ergebnis gekommen, dass es keinen einzigen sachlichen Grund für eine solche Abschaffung gibt.“		
	Nur Sachsen, Niedersachsen, Hessen, Saarland erheben noch Einmalbeiträge.		

Legende: PRO PRO, aber.. CONTRA